

# FREIBERUFLER-TICKER vom 20. November 2020

## 1. Nächste BFB-Forderung umgesetzt: Unternehmerlohn kommt

Am 13. November 2020 wurde eine unablässig adressierte BFB-Forderung [umgesetzt](#): Die neue Überbrückungshilfe III wird umfassend erweitert. Durch die sogenannte „Neustarthilfe“ erhalten gerade kleine Freiberufler-Einheiten nunmehr einen fiktiven Unternehmerlohn. Damit anerkennt die Bundesregierung dessen Notwendigkeit. Bei der Höhe und auch der Beantragung muss nachgesteuert werden, wenn sie sich als zu gering und zu aufwendig herausstellen.

## 2. EU-Kommission veröffentlicht „Herbstpaket“

Die Europäische Kommission stellte im Rahmen des Europäischen Semesters zur wirtschaftspolitischen Koordinierung am 18. November 2020 das sogenannte „[Herbstpaket](#)“ vor. Es umfasst unter anderem die Stellungnahmen der EU-Kommission zu den Haushaltsplänen der Euro-Länder. Es ist der zweite Schritt im Zyklus eines coronabedingt [außergewöhnlichen Europäischen Semesters 2021](#). Im September 2020 wurde dieser mit der Veröffentlichung der [jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum](#), die das Konzept der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt, eingeleitet. In den Stellungnahmen zu den Haushaltsplanungen für 2021 werden die anhaltende Gesundheitskrise, das hohe Maß an Unsicherheit und der massive konjunkturelle Abschwung infolge des COVID-19-Ausbruchs berücksichtigt. Die EU-Kommission ist der Auffassung, dass der Entwurf des [deutschen Haushaltsplans](#) insgesamt der vom Rat am 20. Juli 2020 angenommenen Empfehlung entspricht. Die meisten im Entwurf des deutschen Haushaltsplans enthaltenen Maßnahmen unterstützen die Wirtschaftstätigkeit vor dem Hintergrund von erheblicher Unsicherheit. Deutschland wird aufgefordert, die Verwendung, Wirksamkeit und Angemessenheit der Unterstützungsmaßnahmen regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls an sich ändernde Umstände anzupassen.

## 3. Corona treibt Digitalisierung der Wirtschaft voran

Zugleich wurden aber vielen Unternehmen auch die eigenen Defizite bei den bisherigen Digitalisierungsbemühungen vor Augen geführt. Und es besteht die Gefahr, dass die digitale Spaltung in der Wirtschaft weiter zunimmt, da nicht alle Unternehmen gleichermaßen in der Lage sind, ihre Digitalisierungsanstrengungen zu intensivieren. Das ist das Ergebnis einer Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 16. November 2020 [veröffentlicht](#) wurde.

## 4. Nutzung der Corona-Warn-App

Die Corona-Warn-App ist nach Einschätzung der Bundesregierung ein wirksames Mittel bei der Pandemiebekämpfung. Bislang sei die App mehr als 21,6 Millionen Mal heruntergeladen worden. Diese zeige das große Interesse der Bürger, dabei zu helfen, auf diese Weise das Infektionsgeschehen einzudämmen, heißt es in der Antwort ([19/24089](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 16. November 2020 berichtete.

## 5. Zugang zu Lernmaterial

Die mit der Corona-Pandemie einhergehenden Schulschließungen im Frühjahr 2020 haben Lehrer, Schüler und Eltern vor große Herausforderungen gestellt. Eine zentrale Frage war, wie Schüler unterrichtet werden und an Lernmaterial, also beispielsweise Aufgabenblätter und

Instruktionen zur Bearbeitung, kommen. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), die am 18. November 2020 [veröffentlicht](#) wurde, zeigt: Fast alle Schüler (89 Prozent) wurden digital, etwa per E-Mail oder Cloudlösungen, mit Schulaufgaben versorgt. Abgesehen davon gab es während des Lockdowns und auch in der Zeit direkt danach aber große Unterschiede – abhängig vor allem davon, ob die Schüler ein Gymnasium oder eine andere Sekundarschule besuchen und ob sie auf eine private oder öffentliche Schule gehen. Demnach erhielten Gymnasiasten – sowohl während des coronabedingten Lockdowns als auch in der Zeit direkt danach – häufiger Lernmaterial über Videokonferenzen als andere Schüler im Sekundarschulbereich, also auf Real-, Haupt- und Gesamtschulen. Die entsprechenden Anteile lagen bei 36 im Vergleich zu 25 Prozent während des Lockdowns und in der Zeit danach sogar bei 57 zu 23 Prozent.

## **6. Stellungnahme der Bundesregierung zum nationalen Bildungsbericht beschlossen**

Das Bundeskabinett [beschloss](#) am 18. November 2020 die Stellungnahme der Bundesregierung zum achten nationalen Bildungsbericht („Bildung in Deutschland 2020“). Der nationale Bildungsbericht erscheint alle zwei Jahre und berichtet über die Entwicklung in allen Etappen des Bildungsgeschehens von der frühen Bildung über schulische, hochschulische und berufliche Bildung bis zur Weiterbildung von Erwachsenen. Schwerpunkt des aktuellen Berichts ist „Bildung in einer digitalisierten Welt“. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie investiert der Bund dazu bereits in zwei Sonderprogramme im Rahmen des DigitalPakt Schule: zur Versorgung von Schülern mit mobilen Endgeräten, die zu Hause nicht auf entsprechende Geräte zurückgreifen können, und um die technische Betreuung der Infrastruktur durch Administratoren zu ermöglichen. Zudem wird ein Programm zur Bereitstellung von Laptops für Lehrer mit den Bundesländern vorangebracht.

## **7. Hochschulabsolventen in der EU**

Rund vier Millionen Studenten haben 2018 in der Europäischen Union (EU) ihre Hochschulausbildung abgeschlossen. Fast ein Viertel (24,6 Prozent) studierte Wirtschaft, Verwaltung oder Recht. Das zweitbeliebteste Fach war Ingenieurwesen, Fertigung und Bauwesen (15,2 Prozent), gefolgt von Gesundheit und Wohlfahrt (13,7 Prozent) und Bildung (10,3 Prozent). Fast drei Fünftel (57,7 Prozent) aller Absolventen waren Frauen. Frankreich hatte mit 796.000 Personen die meisten Hochschulabsolventen, weit vor Deutschland mit 565.000 und Polen mit 470.000 Absolventen. Das [teilte](#) das statistische Amt der EU am 17. November 2020 mit.

## **8. BIBB veröffentlicht Online-Leitfäden für ausbildende Fachkräfte**

Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) am 18. November 2020 [bekanntgab](#), wurde auf dem Portal für Auszubildende und Ausbilder [www.foraus.de](http://www.foraus.de) ein neues Online-Angebot für ausbildende Fachkräfte veröffentlicht. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Angebot richtet sich an alle Personen – vor allem in Unternehmen, aber auch in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten –, die mit der Ausbildung oder Anleitung von Auszubildenden befasst sind, dies aber nicht hauptberuflich, sondern zusätzlich zu ihrer eigentlichen Facharbeit tun. Der Online-Leitfaden unterstützt ausbildende Fachkräfte, ihre täglichen Ausbildungsaufgaben besser zu bewältigen, und gibt Anregungen, wie auch schwierige Situationen im Ausbildungsalltag zu meistern sind, die jeweils mit Praxisbeispielen aus dem Ausbildungsalltag veranschaulicht werden. In jedem der zwölf Kapitel des Leitfadens werden die kompakten Informationen durch Hinweise und Anregungen ergänzt – in Form von Checklisten, Regeln, Infografiken und Verweisen auf weiterführende Literatur oder Internetseiten. Der

Online-Leitfaden wird kontinuierlich weiterentwickelt und den aktuellen Anforderungen angepasst.

## 9. Bundestagsausschuss diskutiert Chancen und Risiken von KI

Im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages debattierten die Abgeordneten laut einer Mitteilung des Deutschen Bundestages am 18. November 2020 die Potenziale und Risiken von Künstlicher Intelligenz (KI). Der Sitzung lagen die Unterrichtung und der Bericht durch die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission KI mit dem Titel „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“ ([19/23700](#)) zugrunde. KI hat laut Bericht das Potenzial, Treiber und Verstärker gesellschaftlicher Veränderungen zu sein. KI und intelligente Systeme würden darüber hinaus großes Potenzial zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen bergen, wie die einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft oder des Klimawandels. Einigkeit bestand zwischen den Abgeordneten darüber, dass die Enquete-Kommission die Balance zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Potenzialen gut gefunden habe. Teilweise wurde kritisiert, dass nach wie vor zu stark die Risiken von KI betont werden. Gefordert wurden eine Einbindung von KI als schulischer Lerninhalt sowie eine verstärkte Forschung zur sozialen Einbettung von KI-Anwendungen. Dr. Michael Meister MdB (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, erklärte, dass noch diesen Monat im Kabinett über die Fortschreibung der Strategie im Sinne eines programmatischen Rahmens entschieden werde.

## 10. IT-Sicherheitsgesetz 2.0 ist in Ressortabstimmung

Die Bundesregierung sieht als „zentrale legislative Maßnahme zur Verbesserung der IT-Sicherheit“ in der laufenden Wahlperiode das geplante „IT-Sicherheitsgesetz 2.0“ vor. Bei diesem Gesetz handelt es sich um die Fortschreibung des IT-Sicherheitsgesetzes aus dem Jahr 2015, wie die Bundesregierung laut einer Mitteilung des Deutschen Bundestages vom 16. November 2020 in ihrer Antwort ([19/24090](#)) auf eine Kleine Anfrage ausführt. Danach befindet sich das IT-Sicherheitsgesetz 2.0 derzeit in der Ressortabstimmung.

## 11. Einschätzung zum technischen Fortschritt

Rund zwei Drittel der Bundesbürger erwarten in den kommenden 15 Jahren positive Auswirkungen durch Innovationen und technologischen Fortschritt auf ihr Leben. Insbesondere in den Bereichen Mobilität, Energieversorgung und im Kampf gegen den Klimawandel. Demgegenüber hat ein Fünftel eher negative Zukunftserwartungen. Dies zeigt eine europaweite Umfrage der Bertelsmann Stiftung, die Ende der Woche [veröffentlicht](#) wurde. Danach erweisen sich die Deutschen nicht weniger innovationsfreundlich als ihre europäischen Nachbarn. Viele erkennen dabei die starke internationale Konkurrenz und eine deutliche Mehrheit wünscht sich mehr Zusammenarbeit der EU-Staaten. Mit der Corona-Krise ist zudem der Wunsch nach mehr Innovationsförderung im Gesundheitswesen, der Pflege und im Bildungssektor spürbar gewachsen. Negative Effekte durch fortschreitende Technologie und Digitalisierung erwarten 45 Prozent der Deutschen beim Datenschutz. Diese Sorge steht bei den möglichen Bedenken hierzulande an erster Stelle und ist deutlich stärker ausgeprägt als im europäischen Durchschnitt (36 Prozent). Weitere tendenziell negative Effekte sehen 41 Prozent der Deutschen für die Schaffung oder den Erhalt von Arbeitsplätzen.